

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

- Drucksache 12/153 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird unverändert angenommen.

Bericht

Der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 wurde dem Ausschuß für Schule und Weiterbildung vom Landtag am 20. September 1995 überwiesen.

Der Ausschuß hat den Entwurf in seinen Sitzungen am 4. Oktober 1995 und am 25. Oktober 1995 abschließend beraten.

Die CDU-Fraktion erklärte, nach ihrer Kenntnis sei das Mittelkontingent der Landesregierung für das System "Geld statt Stellen" erschöpft. Bis Ende dieses Jahres fände deshalb trotz gravierender Unterrichtsausfälle der Unterricht nicht statt. In der vergangenen Legislaturperiode habe die CDU das Programm mitgetragen, weil man in der Sache über "Nicht-Stellen" Unterricht steuern wollte. Dieses Ziel sei in Teilen nicht erreicht. Der bestehende Mehrbedarf müsse aber abgedeckt werden. Es wurde der mündliche Änderungsantrag gestellt, das Programm "Geld statt Stellen" um 10 Millionen DM aufzustocken.

Die SPD-Fraktion begrüßte den Nachtragshaushalt für den Einzelplan 05. Sie bedauerte zugleich, daß bei den Finanzmitteln für "Geld statt Stellen" ein Defizit bestehe. Die Anwendung sowie die sachliche und finanzielle Ausstattung dieses Gesamtprogramms sollten im Rahmen der ordentlichen Haushaltsberatungen für 1996 auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Das Nachschieben von 10 Millionen DM im Schnellschußverfahren sei ein untaugliches Mittel zur Verhinderung von Unterrichtsausfällen und deshalb der falsche Weg.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigte sich mit dem vorgelegten Nachtrag einverstanden, verwies zugleich aber auf weiteren internen Beratungsbedarf. Die Fraktion erinnerte daran, daß sie das Programm zum Zeitpunkt seiner Entstehung bereits als unzureichendes Ersatzmittel zur Abdeckung von Unterrichtsausfällen kritisiert habe. Eine Nachfinanzierung im Nachtrag komme nicht in Betracht. Für den Haushalt 1996 werde das Gesamtpaket Einstellungen und "Geld statt Stellen" zu behandeln sein.

Die Ministerin für Schule und Weiterbildung erläuterte, der Bedarf nach "Geld statt Stellen" entstehe im Bereich des Vertretungsunterrichts und unterliege dem Einflußbereich mehrerer Faktoren. Die Darstellung der CDU-Fraktion sei unpräzise und untechnisch. Die Mittel für das Programm "Geld statt Stellen" seien nicht ausgegeben, sondern den Bezirksregierungen zur Bewirtschaftung mit der Weisung zugeteilt, die Gelder bis Ende des Jahres vorzuhalten. Dadurch würde ein sogenanntes Windhundverfahren, das niemand wolle, verhindert.

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 05 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU unverändert angenommen.

Heinrich Meyers
Vorsitzender